



Regina Kreide / Andreas Niederberger
(Hg.)

Internationale Politische Theorie

Umriss und Perspektiven
eines neuen Forschungsfeldes



J.B. METZLER



J.B. METZLER

Internationale Politische Theorie

Eine Einführung

Herausgegeben von Regina Kreide
und Andreas Niederberger

Verlag J.B. Metzler

Die Herausgeber

Regina Kreide ist Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Gießen.

Andreas Niederberger ist Professor für Praktische Philosophie an der Universität Duisburg-Essen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-476-02409-1

ISBN 978-3-476-05470-8 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-476-05470-8

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2016 J.B. Metzler Verlag GmbH, Stuttgart

www.metzlerverlag.de

info@metzlerverlag.de

Einbandgestaltung: Finken & Bumiller, Stuttgart (Foto: misterQM/photocase.de)

Satz: primustype Hurler GmbH, Notzingen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
I Genese	
1 Globale Gesellschaftstheorie. Politische Theorie und ihre gesellschafts- theoretischen Bezüge (<i>Frank Nullmeier</i>)	3
2 Internationale normative Theorie. Zwischen kosmopolitischer Utopie und politischer Praxis (<i>Henning Hahn</i>)	21
3 Staatlichkeit – Nichtstaatlichkeit. Grundstrukturen und Modelle globaler Ordnungsbildung (<i>Rainer Schmalz-Bruns</i>)	35
4 Internationale Beziehungen. Eine zeitgemäße Neuausrichtung (<i>Jürgen Neyer</i>)	51
II Themen	
1 Weltgesellschaft. Soziale Evolution weltgesellschaftlicher Strukturen (<i>Hauke Brunkhorst</i>)	67
2 Macht. Ein Analyseraster für eine postwestfälische Welt (<i>Thomas Biebricher</i>)	95
3 Demokratie. Selbstbestimmung im globalen System (<i>Andreas Niederberger</i>)	109
4 Souveränität. Politische Theorie und staatliche Praxis in einer globalen Welt (<i>Petra Gümplová</i>)	123
5 Öffentlichkeit – Protest. Von kommunikativem Anspruch und transnationaler Politik (<i>Beate Rosenzweig/Uwe Wenzel</i>)	141
6 Transnationalismus, Geschlecht und Intersektionalität. Bausteine einer Feministischen Internationalen Politischen Theorie (<i>Ina Kerner</i>)..	155
7 (Un)Gerechtigkeit. Zwischen normativer Theorie und Gesellschafts- analyse (<i>Regina Kreide</i>)	171
8 Menschenrechte. Zwischen normativer Geltung und politischer Verbindlichkeit (<i>Markus Llanque</i>)	187
9 Gewalt im transnationalen Raum. Rechtfertigung versus Kritik (<i>Franziska Martinsen</i>)	201

10	Krieg und Frieden. Gewaltlegitimation und Gewaltkritik (<i>Lothar Brock/Anna Geis</i>)	213
11	Migration. Normative und sozialtheoretische Perspektiven (<i>Robin Celikates</i>)	229
12	Nachhaltigkeit. Transformation, Governance, Gerechtigkeit (<i>Felix Ekardt</i>)	245

III Anhang

1	Autorinnen und Autoren	261
2	Personenregister	263

Vorwort

Was unter ›Politischer Theorie‹ verstanden wird, ist mehr als umstritten. Was aber ›Internationale Politische Theorie‹ meint, wird erst seit kurzem überhaupt diskutiert. Ursprünglich stammt dieser Begriff aus dem anglo-amerikanischen Wissenschaftsraum, wo ›International Political Theory‹ zunächst bedeutete, dass die klassischen ›Internationalen Beziehungen‹, oder im Englischen ›International Relations‹ (IR), aus normativer Sicht betrieben werden (Brown 1995). Damit stand die Leitfrage im Vordergrund, was die ethischen Grundlagen von Krieg und Frieden, internationalen Abkommen, Welthandel, Klimaschutz usw. sein sollten und wie sie begründet werden könnten.

Ein erstes, ebenfalls englischsprachiges Standardwerk, das über eine Ethik der Internationalen Beziehungen hinausging, wurde 1999 von Kimberly Hutchings verfasst. Sie diskutiert verschiedene bis dato bestehende Ansätze der politischen Theorie, um zu zeigen, dass eine kritische Position, die eine phänomenologische Gesellschaftsanalyse mit der Foucaultschen Genealogie verbindet, aus der theoretischen Sackgasse herausführt, in die ein politikwissenschaftlicher Realismus, aber auch ein als angewandte Ethik verstandener Idealismus zwangsläufig münden müssen. Hutchings Verdienst ist es zweifellos, den Fokus von der normativen Seite der immer schon auf globale Angelegenheiten fokussierten ›Internationalen Beziehungen‹ auf die klassische, nationalstaatlich gebundene politische Theorie zu verschieben, um so das übliche Feld (Gerechtigkeit, Menschenrechte, Weltordnung, bewaffnete Konflikte, internationale Geschichte, Postkolonialismus, Gender Studies usw.) konsequent für die transnationale Perspektive zu öffnen.

In dieser Blickverschiebung zeigt sich aber, dass die Begriffe der klassisch-modernen politischen Theorie insgesamt zu überprüfen oder sogar neu zu bestimmen sind. Denn diese Begriffe wurden bislang nicht nur nicht auf internationale Verhältnisse angewandt, sondern sie sind z.T. als Begriffe untrennbar mit dem Nationalstaat als wesentlicher Herrschaftsform verbunden. Demokratie, Bürgerschaft oder Rechte wurden im Kontext der historischen Prozesse der Herausbildung des modernen Staates in ihren entscheidenden Aspekten formuliert und als Forderungen gegen diese Form politischer Ordnung gewandt. Sie setzen damit aber in wichtigen Hinsichten staatliche Verfahren und Institutionen bzw. gesellschaftliche Verhältnisse voraus, die dem Staat korrespondieren.

Begleitet wurde die Entwicklung der Internationalen Politischen Theorie durch regelmäßige Konferenzen im englischsprachigen Raum (etwa in St. Andrews seit 2008), aber auch durch neue Zeitschriften (besonders prominent das *Journal of International Political Theory*). Ziel dieser Aktivitäten ist es, die »globale Dimension des gegenwärtigen Lebens«, so die Selbstbeschreibung des *Journal of International Political Theory*, in der Forschung systematisch zu reflektieren und für eine politische Analyse die traditionellen nationalstaatlichen Grenzen zu transzendieren. Im deutschsprachigen Raum folgte 2010 eine Tagung zur »Internationalen Politischen Theorie«, deren Titel eine Übersetzung des Forschungsfeldes aus dem Englischen darstellte und deren Ergebnisse aber interessanterweise in der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* (ZIB 2/2010) abgedruckt wurden.

Bis dato steht eine systematische Analyse des Forschungsfeldes für den deutschsprachigen Raum noch aus. Diese Lücke möchte der vorliegende Band schließen. Ziel ist dabei nicht nur eine deskriptive Darstellung, die zwangsläufig eine blutleere Metadiskussion darüber wäre, was nun Kriterien eines neuen Theoriefeldes sein könnten. Vielmehr sollen hier in zentrale Felder der normativen und nicht-normativen politischen Theorie in ihrer Neuausrichtung im Rahmen der Internationalen Politischen Theorie eingeführt und damit selbst wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung der begrifflichen, explanatorischen und normativen Dimensionen dieses neuen Forschungs- und Lehrgebietes geleistet werden.

Der Band ist in zwei Teile aufgeteilt: Der erste Teil geht der Verortung der Internationalen Politischen Theorie im Zusammenhang der Disziplinen nach, die sich mit politischer Theorie befassen. Es wird gezeigt, dass die Internationale Politische Theorie einerseits an bestehende Überlegungen und Methoden in den Geistes- und Sozialwissenschaften anschließt. Andererseits wird jedoch auch ersichtlich, dass sie eine neue Zusammenarbeit oder sogar eine Revision dieser Herangehensweisen erforderlich macht – und dabei auch Programme, wie etwa dasjenige der Gesellschaftstheorie, wiederbelebt, die in der jüngeren politischen Theorie marginalisiert wurden.

Der zweite Teil des Bandes untersucht zentrale Themenfelder der Internationalen Politischen Theorie. Hierbei geht es sowohl um Themen und Begriffe, die auch bisher bereits gebraucht und erörtert wurden, bei denen sich aber nun zeigt, welche Bedeutung sie unter globalisierten politischen Verhältnissen annehmen (müssen), wie es sich auch um Gegenstände und Konzepte dreht, die erst in einer Internationalen Politischen Theorie in den Blick genommen und diskutiert werden können. Viele der entsprechenden Beiträge führen auch nochmals vor Augen, wie sich der transdisziplinäre Zugang in den jeweiligen Untersuchungen auswirkt.

Die Internationale Politische Theorie ist wie gesagt eine junge Disziplin. Es ist daher nicht überraschend, dass es viele Fragen und Phänomene gibt, die bisher noch nicht betrachtet wurden. In allen Abschnitten dieses Bandes werden dementsprechend v.a. auch Desiderate der Forschung und Diskussion identifiziert – und auf diese Weise auch das Ziel dieser Einführung unterstrichen, selbst Weiterentwicklungen der Internationalen Politischen Theorie zu initiieren.

An der Verwirklichung unseres Projektes waren viele beteiligt, denen wir auf die eine oder Weise Dank schulden. Wir danken allen Autorinnen und Autoren für die kooperative Zusammenarbeit und dafür, dass sie dem Projekt auch nach Verzögerungen treu geblieben sind. Ganz besonders möchten wir uns bei den Lektorinnen des Metzler-Verlags, Ute Hechtfisher und Franziska Remeika, für ihre geduldige und gewohnt kompetente Betreuung des Projektes bedanken. Ihre gründliche und stilsichere Bearbeitung der Texte war für die Verwirklichung des Bandes äußerst hilfreich. Ein Lektorat, das diesen Namen verdient, ist in der heutigen Verlagswelt sehr selten geworden. Wir sind daher für dieses Privileg besonders dankbar.

Giessen/Essen im August 2015
Regina Kreide und Andreas Niederberger

Literatur

- Brown, Christopher: *International Theory and International Society. The Viability of the Middle Way.* In: *Review of International Studies* 21 (1995), 183-196.
Hutchings, Kimberly: *International Political Theory.* London 1999.

I Genese

1 Globale Gesellschaftstheorie. Politische Theorie und ihre gesellschaftstheoretischen Bezüge

Internationale Gesellschaftstheorie oder Globalgesellschaftstheorie

Parallel zur Entwicklung der ›Internationalen Politischen Theorie‹ (IPT) als neuer Ausprägung der ›Politischen Theorie‹ könnte auch die ›Gesellschaftstheorie‹ zu einer ›Internationalen Gesellschaftstheorie‹ fortgeführt werden. Doch der Terminus ›international‹ mit seiner Bezugnahme auf die in Staaten organisierten Nationen trifft für die Gesellschaftstheorie noch weit weniger den Gegenstand als auf dem Gebiet der normativen politischen Theorie. In der normativen Analyse globalen Regierens sind neben Internationalen Organisationen und transnationalen Akteuren in Zivilgesellschaft und Ökonomie vor allem Staaten und deren Beziehungen zueinander zu bewerten. Für die Gesellschaftstheorie erweist sich das Etikett ›international‹ als weit problematischer. Denn es tendiert dazu, der Gesellschaftsanalyse einen Primat des Politischen einzuschreiben qua Vormachtstellung der zunächst für die Politik zentralen (segmentären) Differenzierung in Staaten. Diese Prägung nicht weiter fortzuschreiben, war die Soziologie jedoch gerade aufgebrochen. Im Zuge der Globalisierungsdebatte entdeckte sie, dass ihr bisheriger Gesellschaftsbegriff inhärent einer nationalstaatlichen Fassung unterlag und ein Primat des Staatlich-Politischen die soziologische Theoriebildung dauerhaft prägte. Aus dieser Sicht würde es eine bloße Verlängerung dieser ›Gefangenschaft‹ in einer nationalstaatlichen Grundlogik bedeuten, wenn die Maßstabsvergrößerung des Gesellschaftsbegriffs nun unter dem Signum des Internationalen oder Zwischenstaatlichen erfolgen würde.

Entsprechend ist der Begriff der ›Weltgesellschaft‹ zu jenem Marker geworden, unter dem sich die Soziologie von den Zwängen einer primär politischen Imprägnierung durch das Modell des Nationalstaates zu lösen und die Vorgänge der Globalisierung theoretisch einzuholen suchte (Stichweh 2000, 2010; Wobbe 2000; Greve/Heintz 2005; Heintz 2007; Münch 2010, für einen frühen politikwissenschaftlichen Zugang vgl. Albert 2002). Die Proklamation der ›Weltgesellschaft‹ als neuer Leitbegriff erfolgte allerdings aus den Reihen einer spezifischen soziologischen Tradition, der systemtheoretischen, so dass im deutschsprachigen Kontext eine Theorie der Weltgesellschaft diesen Ursprungskontext mit sich führt. Um die Festlegung auf einen systemtheoretischen Ansatz zu vermeiden, bietet es sich an, den seltener verwendeten Begriff der Globalgesellschaft einzusetzen. Wie die Geschichtswissenschaft ein Bündel von Forschungsansätzen entwickelt hat, die sich als Globalgeschichte bezeichnen, könnte auch die Sozialwissenschaft eine Ausrichtung als ›Globalgesellschaftstheorie‹ oder ›*global social theory*‹ entfalten.

Die vielfältigen sozialwissenschaftlichen Analysen zur Globalisierung (jüngst Mann 2013) haben bisher jedoch noch nicht zu einem Ansatz geführt, der die globale Ebene zum Ausgangspunkt gesellschaftstheoretischer Reflexion gemacht hätte. Eine ähnliche Entwicklung wie im Feld der Politischen Theorie, die Herausbildung einer Art Subdisziplin oder zumindest Forschungsrichtung unter einem eigenen Label ›Internationale Politische Theorie‹, hat sich auf dem Feld der Gesellschaftstheorie bis-

her nicht vollzogen. Da die IPT weithin als normative Theorie angelegt ist, fehlt ihr das Pendant der theoretischen Reflexion empirischer Zusammenhänge auf Weltenebene. Entsprechend mangelt es an einer Verknüpfung normativer Perspektiven mit einer Theoriebildung, die die globalen Zusammenhänge auf politischer, ökonomischer, kultureller und sozialer Ebene zu erklären und in ihrer Problematik zu diagnostizieren weiß. Die IPT ist noch nicht mit einer Gesellschaftsanalyse und Gesellschaftstheorie verknüpft, sie ist – wenn auch nicht ohne Bezugnahme auf empirische Phänomene – doch eher freistehend als normative Theorie entwickelt und vorangetrieben worden.

Die Gründe dafür liegen zum einen in dem hocheufreulichen Aufstieg einer normativen politischen Theorie und Philosophie im Gefolge der Rawlsschen Gerechtigkeitstheorie, die wie keine andere die Bahnen der Theorieentwicklung bestimmt hat und erst in den letzten Jahren im Zuge eines ›Realismusstreites‹ in ihrer Grundanlage massiver kritisiert wird. Entsprechend wird der innerwissenschaftliche Druck größer, normative Theoriebildung mit empirischen Studien, Sozial- und Gesellschaftstheorie zu verbinden. Die Ursachen liegen zum zweiten aber auch darin, dass die Entwicklung der Gesellschaftstheorie in den 1980er Jahren einen Höhepunkt in umfassenden theoretischen Entwürfen erreicht hatte, genannt seien nur die Namen Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. Die Nachfolgetheorien, zu nennen wären die Konzeptionen von Ulrich Beck und Anthony Giddens, haben seit den Grundentwürfen in den 1980er Jahren gerade durch die zunehmende Ausrichtung auf Fragen der Globalisierung und deren politischer Bewältigung eine eher normativ-praktische Ausrichtung erhalten, die leider auch mit einer Detheoretisierung im Sinne einer Abkehr von einer systematischen Theoriearchitektur und eines darauf gerichteten Begriffsapparates einherging, ohne dass der Anspruch darauf, Gesellschaftstheorie zu präsentieren, aufgegeben worden wäre.

Von *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung* aus dem Jahre 1997 über *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie* (2002) bis zur *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit* (2007) reicht die Palette der Veröffentlichungen von Ulrich Beck, die eine Gesellschaftstheorie als Theorie reflexiver Modernisierung auf globaler Ebene mit einer normativen Theorie des Kosmopolitismus verbinden wollen. Gerade die *Weltrisikogesellschaft* (2007), die die noch unter nationalstaatlichem Bias eingeführte Benennung der aktuellen Gesellschaftsformation als Risikogesellschaft (so Beck 1986) aufgreift und auf die Weltgesellschaft ausdehnt, bekundet einen Verzicht auf Fortführung des Theoriebaus. Am ehesten lässt sich noch eine Theorie funktionaler Differenzierung erkennen, die die Nebenfolgen der funktional verselbstständigten Systeme als zentralen Problemgenerator ansieht. Die Stelle der fehlenden Integration durch ein übergeordnetes System oder ein näher bestimmtes Zusammenspiel besetzt ein Konzept »institutioneller Widersprüche«, ohne dass aber der Wechsel in der Terminologie (Institution statt Funktionssystem) und die Charakteristik derartiger Widersprüche (als unauflösbare Widersprüche in einem marxismusenahen Sinne oder als bloße Spannungen) und die Abgrenzung zu Inkongruenzen, Inkohärenzen oder Konflikten geklärt wäre. Eine theoretische Erläuterung des aus diesen Widersprüchen (im Plural) resultierenden Antagonismus (im Singular) des Risikos erfolgt nicht (Beck 2007). Letztlich wird nur die Zentralität des Epochenbruchs und des Risikobegriffs als Signum der neuen Periode behauptet – bei durchaus drastischem Ausmalen der in den Funktionssystemen nicht zu beherrschenden Weltrisiken. Diese theoriearchitektonisch wenig ausgearbeitete Konstruktion dient trotz al-

ler in sie eingelassener Dramatik vorrangig als Folie, um einem realpolitisch-kosmopolitischen Optimismus das Wort zu reden. Die Aufgabe der Theorie wird nicht selten zugunsten von Dramatisierung und Appell vernachlässigt.

Innerhalb der Soziologie, und das kann als dritter Grund gelten, traten zudem mit der Globalisierungsdiskussion Zweifel auf, ob der Gesellschaftsbegriff überhaupt noch als Referenzpunkt einer Theoriebildung fungieren könne, da er doch bisher unzweifelhaft in einem nationalstaatsbezogenen Sinne verstanden worden war – Gesellschaftstheorie sich also eines ständigen methodologischen Nationalismus schuldig gemacht habe (Elliott/Turner 2012). Die Zweifel führten bis hin zur These eines Überholtseins des Gesellschaftsbegriffs (Faßler 2009) oder zur Dezentrierung des soziologischen Zugriffs im Zuge einer »postsozialen Gesellschaft« (Nassehi 2006). So stellte sich die Frage, ob eine Maßstabsvergrößerung der Gesellschaft zur Weltgesellschaft überhaupt sinnvoll sein könne, ob der Gesellschaftsbegriff grundlegend an Nationalstaatlichkeit gebunden bleiben müsse, so dass eine neue Terminologie, eine neue Abschlussformel für ein globalisiertes soziales Geschehen zu suchen sei.

Im Folgenden werden die möglichen Anschlussstellen einer Globalgesellschaftstheorie skizziert. Der Einstieg in eine über den Nationalstaat hinausweisende Gesellschaftstheorie erfolgt zunächst über den Begriff der »Weltgesellschaft« (vor allem Heintz/Münch/Tyrell 2005) in der systemtheoretischen Tradition. Alternativ dazu ist eine an Jürgen Habermas anschließende Perspektive zu erörtern. Schließlich ist zu prüfen, ob die Gesellschaftstheorie nicht Impulse aus der Geschichtswissenschaft aufnehmen sollte.

Weltgesellschaft und Theorie funktionaler Differenzierung

Funktionssysteme, Weltgesellschaft und Nationalstaat: Niklas Luhmann hatte bereits 1971 einen Aufsatz mit dem Titel *Die Weltgesellschaft* veröffentlicht. Seine Begriffsschöpfung ermöglichte die Lösung des Gesellschaftsbegriffs aus den Fängen der Staatsbezogenheit, bezahlte diese Leistung aber mit einem Verlust aufschließender Fähigkeit für die Analyse globaler Zusammenhänge. Die Grenzen der Gesellschaft sind nach Luhmann nicht mehr die Grenzen des Staates. Als Folge wird jedoch fraglich, was nicht Weltgesellschaft ist. Luhmann wählt hier die denkbar weiteste Fassung des Begriffs: Weltgesellschaft grenzt sich als System von ihrer Umwelt allein durch die Unterscheidung von Kommunikation und Nichtkommunikativem ab. Es gibt nur noch »die Weltgesellschaft, die alle Kommunikationen und nichts anderes in sich einschließt und dadurch völlig eindeutige Grenzen hat« (Luhmann 1984, 557). Diese Weltgesellschaft ist aber in der Zusammenführung aller Kommunikationen so unbestimmt, dass es für eine diagnostisch aufschlussreiche Selbstbeschreibung der Weltgesellschaft – und solche zu liefern wäre das Verlangen der Gesellschaftstheorie – wenig Anhaltspunkte gibt (ebd., 587). Die Bestimmung als Gesamtheit des Kommunikativen in Differenz zum Nicht-Kommunikativen beschreibt nur eine äußerste Grenze, von der aus sich Gesellschaft in ihrer inneren Entfaltung und Entwicklung aber kaum näher fassen lässt. Vor allem wird mit dem Sprung von den nationalstaatlichen Gesellschaften auf die Ebene der einen Weltgesellschaft nicht die Globalisierung des Sozialen thematisiert. Die Theorie überspringt das eigentlich interessierende Phänomen, um zu einer Abgrenzung des Sozialen vom Nicht-Sozialem zu gelangen.

Über die möglichen Folgen der Globalisierung für die Anlage einer Gesellschafts-

theorie ist gleichwohl vorrangig im Umfeld der Systemtheorie Niklas Luhmanns diskutiert worden.

Nach dessen Tod 1998 fungierte die systemtheoretische Fassung von Weltgesellschaft als Diskussionsanker. Die Debatten über diesen Begriff und seine Möglichkeiten sowie die erforderlichen Umbauten in der Gesellschaftstheorie hatten in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts ihren vorläufigen Höhepunkt. Auch jüngere Versuche, Soziologie und die Internationalen Beziehungen als Teildisziplin der Politikwissenschaft ins Gespräch zu bringen (Albert/Stichweh 2007; Stetter 2013), finden vor allem bei systemtheoretisch ausgerichteten Autoren Resonanz und rufen bei Vertretern anderer Ansätze den Eindruck hervor, hier sei ein neuer »theoretischer Imperialismus« zu befürchten (Zürn 2013). Diese Gefahr dürfte jedoch recht gering sein, da die systemtheoretische Fassung des Weltgesellschaftskonzepts kaum innere Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Ist erst einmal der Sprung auf die Ebene der Weltgesellschaft gelungen, kann man, wie die Debatte zwischen Richard Münch (2010) und Rudolf Stichweh (2010) zeigt, nur noch über die Frage streiten, in welchem Verhältnis die drei möglichen Differenzierungsformen funktional, segmentär und stratifikatorisch zueinander stehen. Der Vorrang der funktionalen Differenzierung wird allgemein anerkannt. Allein die Reichweite funktionaler Differenzierung (Sind alle Funktionssysteme in gleichem Maße global ausdifferenziert, die Ökonomie in gleichem Maße wie die Politik?) steht in Frage und ihr Verhältnis zur segmentären Differenzierung in Nationalstaaten sowie zur stratifikatorischen als globaler Schichtungs- oder Klassenstruktur.

Dennoch bietet die Theorie funktionaler Differenzierung – vielleicht weit mehr als der Weltgesellschaftsbegriff – die Möglichkeit, eine Nationalstaatsgrenzen übersteigende Gesellschaftlichkeit konzeptionell zu denken. Moderne Gesellschaften als funktional differenziert anzusehen, impliziert, die Staatenwelt als nachgeordnete Struktur der globalen Gesellschaft zu betrachten, andernfalls müsste vom Vorrang segmentärer Differenzierung gesprochen werden. Funktional differenzierte Systeme machen nicht an Ländergrenzen halt, lassen sich nicht staatlich einhegen und operieren letztlich weltweit, wenn auch mit regionalen Schwerpunkten und unterschiedlichen Dichten der kommunikativen Anschlüsse. Mit funktionaler Differenzierung hat die Theoriebildung – was in den 1970er und 1980er Jahren noch nicht besonders beachtet wurde – bereits auf Globalisierung und Transnationalität umgestellt. Der theoretische Beitrag Niklas Luhmanns für eine Globalgesellschaftstheorie liegt vor aller Weltgesellschafts-Terminologie bereits darin, die Selbständigkeit und Uneingebundenheit der Funktionssysteme hervorgehoben und damit die innere Radikalität der Weberschen Vorstellung der ›Wertsphären‹ gegen die parsonianische Integrationskonzeption wiederhergestellt zu haben.

Allerdings hat die Anlage einer Globalgesellschaftstheorie als Theorie funktionaler Differenzierung für die Anschlussfähigkeit an normative politische Theorie gravierende Folgen: Das Spannungsverhältnis wird aufs Äußerste gesteigert. Eine Perspektive auf Gesellschaft, die sich des Konzeptes funktionaler Differenzierung bedient, kann nur als Zurückweisung des klassischen Selbstverständnisses von Politik und politischer Theorie auftreten. Wenn die moderne Gesellschaft durch das Nebeneinander von Funktionssystemen gekennzeichnet ist, dann ist eine Topologie entworfen, die keine Position für einen zentralen Ort des Normativen in Form kollektiv verbindlicher Entscheidungen lässt. Politik in einer bloß nebengeordneten Lage als funktional ausdifferenziertes System unter anderen kann die Last nicht tragen, die ihr eine auf Gerechtigkeit und Demokratie verpflichtete Politische Theorie aufbürdet.

Die Politische Theorie kann von ihrem Anspruch aber nur lassen, wenn sie mit der Anerkennung der funktionalen Differenzierung als unhintergehbarem Sosein der Gesellschaft auch die Idee der kollektiven Selbststeuerung menschlichen Zusammenlebens aufgeben würde. Die Konzeption der funktionalen Differenzierung geht konsequenterweise bei Luhmann mit der Vorstellung einer normativ nicht unterlegten Evolution einher – was auf Seiten der Politischen Theorie nur als generelle Entwertung des Normativen und der normativen Theoriebildung verstanden werden kann. Sollte der Theorie funktionaler Differenzierung ein angemessenes Verständnis der modernen Gesellschaft zugesprochen werden, muss die Grundanlage normativer Theorie als weithin illusionär erscheinen.

Die Weltkultur-Theorie als parsonianische Alternative: Eine Alternative dazu bietet eine der Architektur Talcott Parsons' folgende Gesellschaftstheorie, die im Kulturellen ein die Gesellschaft überwölbendes und integrierendes System kennt. Diese Theoriekonzeption hat gerade mit dem Bezug zur Weltgesellschaft als ›Weltkultur‹ oder ›World Polity‹-Theorie eine Neuauflage erfahren (vgl. Knöbl 2001). John W. Meyer, auf den dieser makro-institutionalistische Ansatz zurückgeht, sieht auf Welt-ebene eine kulturelle Macht wirksam werden, die die nationalen und lokalen Zustände strukturell bestimmt. Es ist die »globale rationalisierte institutionelle und kulturelle Ordnung« (Meyer 2005, 94), die auf Staaten, Organisationen und Individuen einwirkt und ihnen ihre Gestalt aufprägt. Es herrschen kulturell universalistische Wertmuster, die sich gegen Traditionalismen, Partikularismen und nationale Sonderentwicklungen letztlich durchsetzen können. Die Welt wird hier als wesentlich ähnlich begriffen, selbst die zeitlichen Vorläufer- und Nachzüglerverhältnisse erscheinen als nicht so gravierend wie in der klassischen Modernisierungstheorie. Der wesentliche Unterschied zu diesen liegt in der Betonung vertikaler Diffusionsprozesse. Normdiffusion ist der zentrale Pfad, über den die Ähnlichkeit der nationalen Politiken und Gesellschaften erzeugt wird. Nationale Besonderheiten werden durch die globale Normenwelt zurückgedrängt. Die nach 1945 voll entfaltete Weltnormkultur bestimmt nun jegliche Ausprägung von politischen und sozialen Strukturen: Niemand erwartet mehr, bei Reisen in andere Länder als rechtloser Fremder behandelt zu werden, es existieren Normen, die den Gesellschaftsverkehr jenseits der Grenzen für alle erwartbar regulieren. Es gibt ein gemeinsames Know-how und einen gemeinsamen Erwartungshorizont auf globaler Ebene.

Die globale Standardisierung ökonomischer, sozialer und politischer Modelle ist so hoch, dass die Ausprägung der Staatlichkeit global determiniert ist. In der Weltkultur erzeugt sich eine gerade nicht weltstaatliche, sondern weltkulturell wirksame Instanz, die durch Transfer und Nachahmungsdruck ähnlich wirksam agiert wie eine staatliche Instanz, die auf das Mittel der Rechtsdurchsetzung bauen kann. Dieser Vorrang des Globalen geht mit einer normativ-zentralistischen Konzeption einher: Es ist die *eine* Weltkultur, die als normative Einheit auf die einzelnen Regionen dieser Welt und auf die diversen Funktionsbereiche und Politikfelder einwirkt. Die Welt ist bereits integriert und zwar global-kulturell. Zwar setzt sich Meyer (2005, 127) von Parsons ab, indem er die Weltkultur als dynamisch und nicht statisch, als durchaus teilweise widersprüchlich, als offen und nicht geschlossen interpretiert, aber die Weltkultur wird durch diese Fassung nicht zur Resultante anderer Kräfte, sie ist selbst die entscheidende, gegenüber den nationalen, organisatorischen und funktionssystemischen Kontexten autonome Wirkmacht. Die in der Weltkultur eingelagerten Normen sorgen für eine grundsätzlich gleichartige Ausrichtung aller National-

staaten und -gesellschaften. An eine derartige Gesellschaftstheorie lässt sich normative Theorie problemlos anschließen, da nur die Übereinstimmung des normativen Gehalts der Weltkultur mit den Konzepten politischer Theorie zu prüfen ist. Allerdings wird eine nicht-staatliche Form globaler Zentralität angeboten, die als Ankerpunkt normativer Ansprüche gelten kann: Eine gerechtigkeits-theoretisch reformierte Weltkultur ist vorstellbar – normative Theorie und Gesellschaftstheorie können zueinander finden, wenn die kollektive Verbindlichkeit von Normen durch Internalisierung gesichert werden kann und nicht eine zentralisierte legitime Gewaltsamkeit als Deckung benötigt.

Spontanbereiche, strukturelle Kopplungen und Kollisionen: Gunther Teubners *Verfassungsfragmente* (2012) bieten neben der Begründung einer Theorie des Rechtspluralismus auch eine Weiterentwicklung der Luhmannschen Theorie funktionaler Differenzierung. Teubner macht die Beobachtung, »dass jedes Funktionssystem eine Binnendifferenzierung in einen organisiert-professionellen Bereich und in einen spontanen Bereich aufweist« (Teubner 2012, 140). Organisationsbereich und Spontanbereich unterliegen jeweils anderen Möglichkeiten und Bedingungen der Denationalisierung bzw. Globalisierung, entsprechend können sie sich in unterschiedlichem Maße von lokalen oder nationalen Raumbezügen lösen mit der Folge, dass Reichweitendifferenzen auftreten und innere Spannungen im Funktionssystem ausgelöst werden. Funktionsspezifische Organisationen stehen in allen Funktionssystemen jeweils eigenen Spontanbereichen gegenüber, so im ökonomischen System den Unternehmen die Märkte. Im politischen System »steht der Organisationsbereich von politischen Parteien und staatlicher Verwaltung dem Spontanbereich von Wählern, Verbändewesen und öffentlicher Meinung gegenüber.« (Teubner 2012, 141) Problematisch an dieser Einteilung des politischen Systems ist allerdings, dass der Organisationstyp Parteien auf die Seite des organisiert-professionellen Bereichs gebracht wird, der Organisationstyp Verbände aber auf die Seite des Spontanbereichs. Die Gründe für diese – gegen alle politikwissenschaftlichen Konzeptionen und Forschungsergebnisse verstoßende – Sortierung liegen im normativen Anliegen Teubners, die Interessenverbände als Gegengewicht zu den staatlichen Kerninstitutionen zu verstehen, statt deren Verwobenheit mit den politisch-administrativen Kernorganisationen herauszustellen. Aber ungeachtet derartiger Interpretationsfragen ist die sozialtheoretische Unterscheidung von organisierten Bereichen und Spontanbereichen wie Märkten und Öffentlichkeiten weiterführend, lassen sich doch nun neue Anschlüsse zwischen normativer Theorie und Gesellschaftstheorie herstellen. Denn nun bieten sich für jedes Funktionssystem drei Ansatzpunkte normativer Bändigung des Selbstlaufs der operativ geschlossenen Systeme an: zum einen die Programmierung der funktionssystemisch zentralen Organisationen, zum zweiten die innere Ausrichtung der spontanen Kommunikationen und zum dritten die Balancierung von Organisations- und Spontanbereich. Teubner ist vorrangig an dem dritten Punkt, dem Verhältnis von Spontan- und Organisationsbereich interessiert, geht es ihm doch darum, interne Wege der Selbststabilisierung eines Funktionssystems aufzuzeigen, um eine externe Steuerung eines Funktionssystems durch das Funktionssystem Politik und damit eine traditionell staatszentrierte, hierarchisch-zentralistische Steuerungsphilosophie auszuschließen. Die Zielsetzung des Teubnerschen Projekts liegt darin, eine Selbst-Konstitutionalisierung der Funktionssysteme als autonomer, in sich verfasster Sphären auf der Ebene der Weltgesellschaft ohne eine weltpolitische oder gar weltstaatliche Gesamtverfassung plausibel zu machen. Dieses anti-etatistische und (im

klassischen Sinne von Politik) anti-politische Vorhaben, einen funktionalen und gesellschaftlichen Konstitutionalismus normativ zu begründen, stützt sich auf eine Gesellschaftstheorie, die zeigen kann, dass es angesichts einer fehlenden Spitze und Steuerungsinanz doch nicht zu einem Zusammenstoß der Funktionssysteme kommen muss. Aus dem Zusammenspiel von Organisations- und Spontanbereich kann zwar auf die internen Selbststabilisierungskräfte von Funktionssystemen geschlossen werden, doch wie sollte die wechselseitige Stabilisierung und Achtung der Autonomieräume gelingen?

Luhmann hatte den Begriff der ›strukturellen Kopplung‹ aufgegriffen, um die Angewiesenheit von sozialen Kommunikationssystemen auf personale oder Bewusstseinssysteme zu betonen (Luhmann 1997, 100), diesen Terminus dann aber auch auf das Verhältnis zwischen Funktionssystemen angewandt. Eine Theorie funktionaler Differenzierung, die nur die Autonomie operativ geschlossener Funktionssysteme betrachtet, würde ein zu einseitig anti-integrationistisches Bild abgeben. An die Stelle des Begriffspaares Differenzierung und Integration tritt daher das von Autopoiesis und struktureller Kopplung (ebd., 778). Das jeweils andere System wird dort, wo solche Kopplungen auftreten, als Irritation im Funktionssystem erlebt – bei fortdauernder Indifferenz gegenüber sonstigen Umwelten. »Obwohl es keine Möglichkeit des Durchgriffs auf Strukturentwicklungen von außen mehr gibt, spielt eine wesentliche Rolle, mit welchen Irritationen ein System sich immer und immer wieder beschäftigen muss – und welche Indifferenzen es sich leisten kann« (Luhmann 1997, 780). Generell muss der Begriff der strukturellen Kopplung eine schwierige Abgrenzungsleistung erbringen: Er muß eine Verbindung zwischen zwei Systemen bezeichnen, bei dem ein zweites System den »Bereich möglicher Strukturen« beschränkt, »mit denen ein System seine Autopoiesis durchführen kann«, aber zugleich Verbindungen ausschließen, bei denen nicht mehr die eigenen Strukturen die systeminternen Operationen determinieren sondern andere Systeme (ebd., 100). Wie diese strukturellen Kopplungen aussehen, wird bei Luhmann nicht näher theoretisch entfaltet, sondern nur beispielhaft illustriert: So sind Steuern, Abgaben und Staatsverschuldung Ausdruck der Kopplung von Politik und Ökonomie, Universitäten dagegen Orte der Kopplung von Wissenschafts- und Erziehungssystem. Auch die weiteren Beispiele (ebd., 781–787) führen zu keiner irgendwie konzisen Theoriebildung, so dass gerade kein Ersatz für den Begriff der Integration gefunden wird. Der Grad der strukturellen Kopplung, selbst die Art der strukturellen Kopplung (operativ oder über Organisationen), das Ausmaß der Irritationen, das ausgelöst wird, die Symmetrie oder Asymmetrie dieser Irritationsauslösung zwischen zwei Funktionssystemen und die Frage des Auftretens einer systemintern erlebten Dominanz eines anderen Funktionssystems werden nicht angesprochen.

Teubner weist auf diese strukturellen Kopplungen (insbesondere mit dem Rechtssystem) hin, fügt aber in der Erörterung des Verhältnisses der Funktionssysteme einen weiteren, aus der Rechtstheorie bekannten Begriff hinzu: Kollision. Fasste dieser Terminus traditionell »Konflikte zwischen nationalen Rechtsordnungen«, so wird er nunmehr »auf Konflikte zwischen sektoriellen Regimes« umgestellt (Teubner 2012, 232). Kollision bezeichnet dann konflikthafte (vorrangig Rechts-)Auseinandersetzungen zwischen (verfassten) Weltfunktionssystemen. Für diese gibt es nur zwei Lösungsmöglichkeiten, die Internalisierung der Konflikte auf der Ebene der Operationen der beteiligten Funktionssysteme oder Formen der Inter-System-Verhandlung (ebd., 229). Beide Lösungsformen schaffen gerade keine übergeordnete Einheit, keine zusätzliche Instanz oder ein neues System, sondern versuchen, in den zur Ver-

fügung stehenden Eigenoperationen den als Irritation erlebten Inter-System-Konflikt zu bearbeiten, sei es ohne (Internalisierungslösung) oder mit intensiverem Kontakt (Verhandlungslösung). Warum dies gelingen soll, wird in der Kollisionstheorie, die doch letztlich eher normativ-rechtstheoretisch denn soziologisch angelegt ist, nicht geklärt, es werden nur denkmögliche Lösungswege aufgezeigt.

Kapitalismus und funktionale Differenzierung: Konzepte einer besonderen Wirksamkeit globaler Normsysteme oder einer kollisionsrechtlichen Befriedung des Zusammenspiels der Funktionssysteme müssen sich mit einer Fülle an Gegenevidenzen auseinandersetzen. Die globale Finanzmarktkrise mit ihrem Höhepunkt in den Jahren 2008 und 2009, die darauf folgende ›Great Recession‹ in vielen Ländern der Welt sowie die Währungs- und Schuldenkrise in Europa (›Eurokrise‹) haben entsprechend einen Theorietypus wieder stärker zur Geltung gebracht, der dem ökonomischen System bzw. dem Kapitalismus besondere Determinationskraft zuordnet. Eine Theorie funktionaler Differenzierung mit Dominanz des Kapitalismus ist mit Teubners Überlegungen jedoch nicht zu vereinbaren. Wenn soziale Prozesse vorrangig von ökonomischen Entwicklungen, Anreizen und Interessen geprägt sind, prallen im globalen Maßstab ökonomische Imperative auf Logiken anderer Funktionssysteme, so dass nicht mehr ein potentiell gleichgewichtiger Konflikt, eine Kollision zu verzeichnen ist. Vielmehr setzt sich die ›Macht des Geldes‹ oder das Marktgeschehen durch. An die Stelle kollisionsrechtlicher Ausbalancierungsprozesse tritt bei Ungleichheiten zwischen den Funktionssystemen die Interventionsmacht einer Operationsweise. Überlegungen wie die, Gemeinwohlformeln in die Selbstprogrammierung von Funktionssystemen zur Auflösung von Kollisionen einzubauen, erscheinen kaum als realitätsgerechte Darlegungen.

Will man aber die Sonderstellung des Wirtschaftssystems behaupten, ist im Rahmen einer fortentwickelten Theorie funktionaler Differenzierung eine Wirkungsdifferenz zwischen den Funktionssystemen nachzuweisen. Besondere Begründungslasten sind zu tragen, wenn mit der Theorie funktionaler Differenzierung marxistische und andere politik-ökonomische Ansätze überboten werden sollen, um eine nicht-marxistische Theorie der Vorherrschaft der ökonomischen Funktion in die Theorie einzubauen. Soll dies gelingen, muss in die Systemtheorie ein besonderes Konzept, z. B. das der funktionalen ›Dominanz‹ eingefügt werden – wie etwa bei Uwe Schimank. Dessen Konstruktion in »Gesellschaft« (2013) basiert nicht allein auf der Theorie funktionaler Differenzierung. Drei komplementär zu verstehende Theoriefamilien gehen in Schimanks Gesellschaftstheorie ein: die differenzierungstheoretische, die ungleichheitstheoretische und die kulturtheoretische Perspektive. Gesellschaftliche Ordnung erscheint schließlich als Überlagerung von Differenzierung, Ungleichheitsstrukturen und Kulturen als Teilordnungen. Die Dominanz des Kapitalismus wird der Anlage dieser Theorie gemäß ebenfalls als dreifache gedacht: als Dominanz des ökonomischen Funktionssystems, als Dominanz (arbeits)marktbezogener Ungleichheiten und als kulturelle Dominanz von Wachstum und Lebensstandardsteigerung in der Ausdeutung des Fortschrittsbegriffs. ›Dominanz‹ steigt damit zum zentralen gesellschaftstheoretischen Begriff auf und bedürfte ausführlicher Erläuterung. Die operative Geschlossenheit aller Funktionssysteme muss mit dem nicht-kontingenten, sondern ›strukturellen‹ Vorrang einer Programmierung aller Systeme durch das ökonomische Funktionssystem einhergehen. Das dürfte aber ein bisher noch ungelöstes Theorieproblem darstellen – obwohl die Konstruktion durchaus ein Moment von prima facie-Evidenz mit sich führt: Sich die Weltgesellschaft als

funktional differenziert, aber unter dem Druck eines besonders mächtigen Funktionssystems vorzustellen, liegt als Zeitdiagnose durchaus nahe.

Wie kann aber im Rahmen eines solchen, intuitiv zunächst einleuchtenden Konstrukts die Anschlussfähigkeit an die Politische Theorie gesichert werden? Durch die Hervorhebung der Dominanz des Ökonomischen ändern sich die normativen Bezüge der Theorie funktionaler Differenzierung nur wenig. Es erhöht sich noch einmal die Spannung zwischen normativem Anspruch und Gesellschaftsdeutung, weil ein den Ansprüchen an Gerechtigkeit besonders fremdes und zentraler Steuerung besonders fernes Funktionssystem wie die kapitalistische Ökonomie als dominant angesehen wird. Alle Versuche politischer Steuerung des Zusammenspiels der Funktionssysteme erscheinen noch etwas aussichtsloser.

Bis in die jüngste Zeit hat sich auch die Politische Theorie nicht intensiv bemüht, die Frage der Steuerung der Ökonomie jenseits von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Regulierung intensiver zu erörtern (dazu Nullmeier 2013). Der Integrationsvorsprung des Weltmarktes gegenüber der politischen Globalisierung erscheint zudem so markant, dass eine bloß nachholende Politisierung (Zürn/Ecker-Erhardt 2013) kaum genügen wird, um der Dominanz des ökonomischen Systems etwas entgegenzusetzen. Mit der Akzentuierung des Ökonomischen werden die Defizite von Globalgesellschaftstheorie und Internationaler Politischer Theorie noch deutlicher, weil beide ohne eine Theorie der Ökonomie nicht möglich sind. Diese wird im Bereich der Markt- und Wirtschaftssoziologie vorangetrieben (Aspers 2011; Beckert/Deutschmann 2009), die u. a. die generelle Einbindung von Märkten in Norm- und Institutionensysteme aufzeigen. Aber auch diese Entwicklung erreicht bisher nicht die Ebene einer allgemeinen Gesellschaftstheorie. Hält man an der Dominanz der Ökonomie fest, neigt aber der Vorstellung zu, dass die Politik die Ökonomie wieder in normativ verträgliche Bahnen lenken könne, ist man nicht weit von der gegenwärtigen Gestalt der Habermasschen Theorie entfernt.

Kolonialisierung der Lebenswelt und Globalisierung

Implikationen der Theorie kommunikativen Handelns: Die Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas in der Fassung der *Theorie des kommunikativen Handelns* aus dem Jahre 1981 überlässt die Entwicklung moderner Gesellschaften weder dem Zusammenspiel autonomer Funktionssysteme noch der Steuerung und Bindung der Ökonomie durch die Politik. Als kritische Theorie beklagt sie die Entkoppelung der beiden Funktionssysteme Politik und Ökonomie mit der Folge einer immer weiteren funktionssystemischen Durchdringung der Lebenswelt. Verrechtlichung und Bürokratisierung sind die Folgen einer Kolonialisierung durch das politische System, Ökonomisierung und Monetarisierung sind die entsprechenden Phänomene auf Seiten der Kolonialisierung durch das ökonomische System. Das theoriepolitische Programm läuft entsprechend auf eine Rebalancierung zwischen Funktionssystemen und einer zunehmend rationalisierten Lebenswelt hinaus. Das Zusammenspiel von Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen ermöglicht erst die normative Rückbindung von Ökonomie und Politik. Dieses Programm enthält eine deutlich antietatistische Komponente, ökonomisches System und Staat gelten gleichermaßen als Kolonialisierungsagenten, denen seitens der Zivilgesellschaft kommunikative Vernunft und Macht entgegengesetzt werden muss.

Jürgen Habermas bildet diese Gesellschaftstheorie im Zuge seiner Beschäftigung

mit der Zukunft Europas und den Versuchen, eine internationale politische Theorie zu entfalten, nicht fort. Die Begrifflichkeiten von Lebenswelt, System und Kolonialisierung werden keiner ›Internationalisierung‹ unterzogen, sie werden nicht zum Ausgangspunkt der Reflexion über die neue gesellschaftliche und politische Lage in der postnationalen Konstellation. Mit dem Beginn des Projektes einer normativen Politik- und Rechtstheorie werden Völkerrecht, Gerechtigkeit und Demokratie zu Bezugspunkten einer Neuorientierung der Theoriebildung. Die Ausrichtung auf die Fragen globaler und europäischer Demokratie sowie deren Steuerungsfähigkeit gehen deshalb einher mit einer Verschiebung hin zur politischen und Rechtsphilosophie. Durchaus im Einklang mit anderen Strömungen in den Gesellschaftswissenschaften wird die Beschäftigung mit Gesellschaftstheorie eher eingefroren – sie wird mitgeführt, aber nicht weiterentwickelt und daraufhin befragt, ob sie angesichts der ›Maßstabsvergrößerung‹ noch in der Form tauglich sein kann, die sie im nationalstaatlichen Rahmen erhalten hatte.

Dort jedoch, wo sich an einzelnen Implikationen der normativen Konzepte zur Zukunft der Weltpolitik oder der EU Bezüge zur älteren Konzeption der Gesellschaftstheorie erkennen lassen, wird die Stoßrichtung deutlich modifiziert. Nun ist es nicht mehr die Rebalancierung von Lebenswelt und System (Politik und Ökonomie), sondern die Internationalisierung der Politik, die jener der Ökonomie folgen soll, um deren Übermacht zu begrenzen. Durch einen Verfassungsschub in Europa soll dieser Versuch einer demokratischen globalen Politik qua »Transnationalisierung der Volkssouveränität« (Habermas 2011, 48) entscheidend befördert werden. Recht und Politik rücken in den Vordergrund, sie sind weiterhin auf die politische Öffentlichkeit als »Verbindungsglied« angewiesen (Habermas 2008, 136), doch die Schaffung eines demokratisch verfassten Systems von Politik und Recht auf europäischer und internationaler Ebene rückt derart in den Vordergrund, dass sich die neue normativ-politische Konzeption von den Implikationen der älteren Gesellschaftstheorie absetzt.

Denn diese hatte nicht die Politik als Institutionensystem mit der Fähigkeit zu kollektiv verbindlichen Entscheidungen normativ ausgezeichnet, sondern die Öffentlichkeit, die durch ihren programmierenden Einfluss auf das politische System als nicht-zentralistisches Zentrum der Einspeisung rationalisierender Impulse gedacht war. Das Funktionssystem Politik mit seiner Fähigkeit zum Einsatz des Rechtes ist nach Anlage der Gesellschaftstheorie zentral, denn nur qua Recht ist Normativität im Makromaßstab zu etablieren, aber die Politik unterliegt der indirekten Steuerung und Programmierung durch die kommunikative Macht, die von der Öffentlichkeit ausgeht. Erst aus dem Zusammenspiel von Öffentlichkeit und Institutionensystem kann eine Steuerungsqualität der Politik hervorgehen, die eine normativ akzeptable Entwicklung der Weltgesellschaft möglich erscheinen lässt.

Die gesellschaftstheoretische Pointe bestand darin, dass einem nicht-organisierten Raum, einem bloßen Zusammenspiel von Kommunikationen unterschiedlichster Art die Fähigkeit zur inneren Rationalisierung zugesprochen wurde, ohne dass Organisation, Hierarchie und Zentralität erforderlich wären. Zwar setzt eine auf Argumentation und Debatte ausgerichtete Öffentlichkeit bestimmte Bedingungen voraus, diese liegen aber nicht in der organisatorischen Durchdringung, sondern der Befähigung aller Beteiligten, in möglichster Freiheit und ohne organisatorische Vorverfasstheit sich kommunikativ betätigen zu können. Die ›anarchische‹ Öffentlichkeit muss aufgrund der ihr eigenen Rationalisierungspotentiale und Fähigkeit zur Deliberation zudem eine nach außen gerichtete Kraft besitzen, das politische Sys-

tem mit den öffentlich geklärten Ansprüchen vertraut zu machen und auch daran zu binden.

Entgegen einer strikten Theorie funktionaler Differenzierung muss bei Habermas die Politik (als Institutionensystem) extern programmierbar (durch politische Öffentlichkeiten) sein, sonst ließe sich der Weg einer politisch-exekutivischen Kolonialisierung der Lebenswelt nicht demokratisch aufhalten und zurückschrauben. Der ›Spontanbereich‹ der Öffentlichkeit besitzt gesellschaftstheoretisch zumindest eine Dominanzchance gegenüber dem organisierten Bereich der Politik. Von den drei Möglichkeiten der normativen Programmierung im Teubnerschen Programm nutzt Habermas nur die der indirekten Steuerung des Organisationsbereichs durch den Spontanbereich. Allerdings ordnet Habermas den Spontanbereich der politischen Öffentlichkeit gerade nicht dem Funktionssystem Politik zu, sondern der Lebenswelt. Und nur wenn das von der Öffentlichkeit indirekt gesteuerte politische System jene Steuerungsfähigkeit aufbringt, die erforderlich ist, um der Marktökonomie erfolgreich normativ gehaltvolle Vorgaben zu machen, ist eine Realisierung der Ideale kritisch-demokratischer Theoriebildung denkbar. Gesellschaftstheoretisch besitzt – vor allen Entwürfen für Weltförderations- und EU-Verfassungsmodelle – die Idee einer zweifach indirekten Steuerung Vorrang, die der Ökonomie durch die Politik (als »politisch verfasste Weltgesellschaft«, Habermas 2011, 40) und die der Politik durch eine politische Weltöffentlichkeit.

Eine Theorie anti-funktionssystemischer indirekter Steuerung auf globaler Ebene müsste entsprechend das Herzstück einer gesellschaftstheoretischen Weiterentwicklung bilden. Aber weder diese Steuerungstheorie noch die Konzeption der Weltöffentlichkeit werden gesellschaftstheoretisch weiter entfaltet. Lange Zeit kam daher empirischen Studien im Gefolge der Habermasschen Theorie besondere theoretische Relevanz zu, die die Existenz oder deliberative Qualität von transnationalen, insbesondere aber europäischer Öffentlichkeit untersuchten (u. a. Peters 2007). Wenn empirisch gezeigt werden könnte, dass Öffentlichkeiten über Ländergrenzen hinweg die Fähigkeit transnationaler Verständigung mit sich bringen, wäre die gesellschaftstheoretische Konzeption der Antikolonialisierungspolitik der Lebenswelt und die normative Konzeption einer deliberativ-öffentlichen Programmierung von Politik auf europäischer und globaler Ebene plausibel. Eine weitere Ausführung der Gesellschaftstheorie auf der Habermasschen Linie müsste daher die Verschränkung von nationalen Öffentlichkeiten oder die Ausbildung transnationaler Öffentlichkeiten jenseits der nationalen als einen Rationalisierungsprozess beschreiben können, der nicht nur Größen- und Reichweitengewinne, sondern zugleich ein höheres Potential zur Freilegung von Universalitätsansprüchen mit sich bringt. Die Rationalisierung der Lebenswelt auf der Ebene globaler Öffentlichkeit, globaler Zivilgesellschaft und transnationalen sozialen Bewegungen müsste in den Vordergrund rücken, wollte man den Anschluss zwischen Gesellschaftstheorie und normativer Theorie sichern.

Globale Evolution durch Rechtsrevolutionen: Hauke Brunkhorst (2012) hat das Programm einer globalen Gesellschaftstheorie auf der Linie des Habermasschen Entwurfs in den letzten Jahren vielleicht am konsequentesten verfolgt und am deutlichsten darauf hingewiesen, dass eine internationale politische Theorie als normative Theorie auf eine kritische Gesellschaftstheorie angewiesen ist, die sich selbst als Internationale Gesellschaftstheorie (oder Globalgesellschaftstheorie) versteht und so auch angelegt ist (Brunkhorst 2010). Brunkhorst verbindet die Habermassche Grundarchitektur mit marxistischer Konflikttheorie und funktionalistischer Systemtheo-

rie, die er in einer revolutionär vorangetriebenen sozialen Evolution des Lebenswelt-System-Zusammenspiels münden lässt. Statt aber die Lebenswelt als jeweils national oder kulturell gebundene Welten zu verstehen, die erst noch wechselseitiger Durchdringung und Hochbildung zu einer globalen Lebenswelt bedürfen, unterstellt Brunkhorst, hier der Weltkulturtheorie John W. Meyers nicht unähnlich, bereits die Existenz der Weltgesellschaft als einer gemeinsamen Lebenswelt – und das nicht nur für eine globale Klasse der transnationalen Eliten.

Anders als Luhmanns Weltgesellschaft – die bloße Gesamtheit des kommunikativ Erreichbaren – ist Brunkhorsts weltgesellschaftliche Lebenswelt eine geteilte intersubjektive Welt, eine Hintergrundselbstverständlichkeit, ein implizit Gewusstes, das alles praktische Tun begleitet. Diesem ersten Schritt einer Maßstabsvergrößerung des Lebensweltbegriffs lässt Brunkhorst eine leichte normative Akzentverschiebung folgen. Wird Lebenswelt bei Habermas eher als eine basale Ebene der Vorverständigkeit verhandelt, deren Rationalisierung sie in eine antisystemische Macht gegen die Expansionsbestrebungen von Wirtschaft und Politik verwandeln kann, so ist die weltgesellschaftliche Lebenswelt bei Brunkhorst noch stärker auf Widerständigkeit angelegt. Ohne von Habermas' Konzeption direkt abzuweichen, wird doch die Fähigkeit der Lebenswelt zur Revolutionierung der Verhältnisse herausgestellt. Dass Lebenswelt sich der Anpassung an partikulare Interessen und Funktionszusammenhänge schuldig machen könnte, taucht bei Brunkhorst kaum auf, weil die Lebenswelt selbst aufgrund ihrer »latenten Vernunft« (Brunkhorst 2012, 68) als Widerstands- und Fortschrittsreservoir fungiert. Diese optimistische Version einer bereits fortgeschrittenen Lebensweltglobalisierung bildet eine zentrale Modifikation des Habermasschen Grundmodells und Grundlage einer Gesellschaftstheorie, die eine sozial vorintegrierte Weltgesellschaft bereits als existent ansieht.

Die Akzentuierung des Revolutionär-Widerständigen kennzeichnet auch die Grundanlage des normativen Hauptstücks der Brunkhorstschen Konzeption: eine Evolutionstheorie, die durch die interne Unterscheidung von Evolution und Revolution erneuert wird. Evolution vollzieht sich danach in einem Gesamtprozess, der sowohl evolutionäre Anpassungen als auch revolutionäre Schübe kennt. Dabei findet die Fortbildung auf der Ebene der funktionalen Differenzierung und der Produktivkräfte als Umwelthanpassung statt, während die revolutionären Veränderungen auf der Seite des Rechts erfolgen und der bloß technisch-funktionalen Umwelthanpassung normative Schranken setzen. Brunkhorst folgt der Marxschen Dialektik von Produktivkräften und diese einschränkenden Produktionsverhältnissen (nun verallgemeinert für alle Funktionssysteme), wertet diese aber (wie Habermas auch) um: Nun sind es die normativen Verhältnisse, die eine fortschrittliche Entwicklung in die Welt bringen. Die Entwicklung des Rechts übernimmt die revolutionäre Führungsrolle, die Geschichte der Revolutionen wird – obgleich sie Geschichte der Klassenkämpfe bleibt – zur Geschichte der Rechtsrevolutionen.

Der lebensweltlich-diskursiv erreichbare Stand normativer Argumentation wird seit der Neuzeit in Verfassungen rechtsrevolutionär verankert. Die Konstitutionalisierung auf globaler Ebene ist mithin Fluchtpunkt einer Gesellschaftstheorie, die die heutige Zentrierung auf den Schutz der Menschenrechte abbildet. Wie die Klassenkämpfe sich zu einem Kampf um eine neue Stufe der Rechtsentwicklung bündeln können, wird in der Anlage der Theorie jedoch nicht mehr recht verständlich.

Letztlich ist es die Konzeption des Rechts bzw. die Beziehung des Rechts zu Lebenswelt und Politik, die bei Brunkhorst gesellschaftstheoretisch ungeklärt bleibt. Recht ist einerseits Funktionssystem, das sich in struktureller Kopplung mit der Poli-

tik entwickelt, andererseits Fixationspunkt des Widerspruchspotentials der Lebenswelt. Hier kehrt ein Problem wieder, das in anderer Weise bereits die *Theorie des kommunikativen Handelns* mit der häufig kritisierten Unterscheidung von Recht als Institution und Recht als Medium kannte und auch in Teubners Entwurf eines gesellschaftlichen Konstitutionalismus mit der Doppelrolle des Rechts als Funktionssystem und Verfassungslieferant aller anderen Funktionssysteme problematisch geworden ist. Auch wenn die Integration einer global rationalisierten Lebenswelt überzeichnet ist, verdient der Entwurf einer so weitgesteckten Theorie besondere Beachtung, denn das Anliegen, die Gesellschaftstheorie auf eine solche oder ähnliche Art zu ›globalisieren‹, dürfte von zentraler Bedeutung für die Zukunft dieser Theorieform sein.

Weltsystemtheorie und Globalgeschichte

Eine historisch ausgerichtete Gesellschaftstheorie der globalen Entwicklung hatte Immanuel Wallerstein bereits Mitte der 1970er Jahre vorgelegt, seitdem weiter ausgebaut und mit historischen Studien fundiert (2004, 2011 a, 2011 b). Das im 16. Jahrhundert entstandene (und nicht erst in der Industriellen Revolution) moderne Weltsystem, die kapitalistische Weltwirtschaft, hatte die Kraft, ohne in ein Empire überzugehen, allein über Arbeitsteilung, Fernhandelsbeziehungen und territoriale Strukturierung via souveräner Staatlichkeiten große Teile der Welt sozial zu integrieren, allerdings in ungleicher Weise. In den Mittelpunkt der Rezeption der Theorie Wallersteins ist diese ›stratifikatorische‹ Differenzierung geraten, die jenseits der Kategorien segmentärer (Staatenwelt) oder funktionaler Differenzierung (Globalisierung der Funktionssysteme) steht. Regionen befinden sich im modernen kapitalistischen Weltsystem entweder im Zentrum, der Peripherie oder der Semiperipherie. Aus dem ungleichen Zusammenspiel mit seinen Abhängigkeiten erwächst die stabilisierende Wirkung für den Gesamtzusammenhang des Weltsystems. Wallerstein folgt – ansonsten von Fernand Braudel geprägt – marxistischem Denken dort, wo er eine Nicht-Überlebensfähigkeit dieses Systems behauptet, die sich als zunehmende Unterminierung der Kernnorm unbegrenzter Akkumulation seit der »Weltrevolution von 1968« (Wallerstein 2011 c) auch manifestiere. Wallerstein begreift dies aber nicht als strukturelle Instabilität eines Funktionssystems, sondern als langsames Ende eines Weltsystems, das durch ein neues Weltsystem unbekannter Art ersetzt werden kann. Die geopolitische Integration großer Teile der Welt bildet mithin den entscheidenden Ausgangspunkt, erst dann ist nach der Art dieses Integrationszusammenhangs zu fragen, mag er politischer (Weltreiche) oder ökonomischer Art (Weltwirtschaften) sein.

Wallersteins Werk bildete eine wichtige Anregung für die inzwischen unter dem Titel »Globalgeschichte« wirksam gewordene Strömung innerhalb der Geschichtswissenschaft, sich von National- oder Kontinentalgeschichten zu entfernen, den methodologischen Nationalismus zu überwinden und asymmetrische Beziehungen in das Zentrum der historischen Analyse zu stellen. Der bei Wallerstein behauptete Systemzusammenhang den Historikern allerdings eher als unterstellt denn nachgewiesen und zudem trotz allen globalen Ausgreifens als europäisch geprägt (Conrad 2013, 117). Gegen jede Form von Eurozentrismus (Chakrabaty 2010; Comaroff/Comaroff 2012) und gegen die Teleologien der Modernisierungstheorie (vgl. auch Knöbl 2001, 2007; Eisenstadt 2002) will die Globalgeschichte eine relationale Geschichte,

eine Geschichte der (Un-)Gleichzeitigkeiten und Verkettungen zwischen Räumen entwickeln (Conrad 2013, 19–28), wobei der Bezugsraum nicht notwendig die Welt sein muss. Bestimmte regionale Netzwerke oder interkontinentale Interaktionen und Transaktionen können ebenso im Mittelpunkt stehen.

Unter den zahlreichen Vertretern dieser durchaus heterogenen Forschungstradition (Überblicke bei Conrad 2013; Sachsenmair 2011; Rublack 2013) hat sich zwar keine Theorie entwickelt, die den Anspruch erheben könnte, globale Gesellschaftstheorie zu sein, aber es besteht Einigkeit darüber, dass geschichtliche Vorgänge nur in einer transnationalen Perspektive verstanden werden können. Die Abkehr von der Einheit ›Nationalgesellschaft‹ hin zur Betrachtung großer räumlicher und auch zeitlicher Zusammenhänge mit dem Nachweis von transnationalen Ketten, Netzwerken und Verbindungslinien ist das einigende Moment, das Publikationen zur Welthandelsforschung (Pomeranz 2000; Pomeranz/Topik 2013) mit jenen zur globalen Ideendiffusion (Moyn/Sartori 2013) verbindet.

Räumliche Gebundenheit insbesondere in nationalstaatlichen Strukturen ist mithin immer hergestellt, sie ist Effekt von Interaktionen, die an gesetzten und immer neu zu stabilisierenden Grenzen erst in solche des nationalen und des transnationalen Austausches geschieden werden. Dieser grundsätzlich nicht von politisch-territorialen Beständen ausgehende Ansatz, der zunächst das weltweite Streuen von Austauschbeziehungen gleich welcher Art annimmt und dann die Prozesse der Territorialisierung erforscht, überwindet konsequent alle nationalstaatlichen und -gesellschaftlichen Bindungen, die auch die tradierte Gesellschaftstheorie gekennzeichnet hatten. Umstritten ist jedoch, ob neue Zusammenhänge postuliert werden können, die Signatur einer weltgeschichtlichen Epoche mithin in einer Grunderzählung zusammengefasst werden darf oder ob diese eher in Portraits einzelner Strukturzusammenhänge, die auch neben- und gegeneinander stehen können, erfasst werden sollen (Bayly 2008; Osterhammel 2009; Rosenberg 2012; Iriye 2013). Je stärker sich die erste Position ausbilden sollte, desto größeres Potential zur Ausbildung einer globalen Gesellschaftstheorie ergibt sich aus dieser Entwicklung innerhalb der Geschichtswissenschaft.

Aufgaben einer Globalgesellschaftstheorie

Die Globalgeschichte bietet so vielfältige Anschauungsbeispiele für eine ›globale Herangehensweise‹, eine Sicht, die von potentiell großen räumlichen Zusammenhängen ausgeht und dann in genauer Analyse der einzelnen Interdependenzen, Netzwerke und Verkettungen erst die Wirksamkeit des Kleinräumigeren aufzuzeigen sucht. Das ist noch keine Theoriebildung, sicherlich keine im Sinne einer historisch-soziologisch ausgerichteten Gesellschaftstheorie, aber diese Vorgehensweise kann Versuche in eine solche Richtung entscheidend informieren. Eine Globalgesellschaftstheorie könnte hier entscheidende materiale Anregungen erhalten, die mit den Konzepten der funktionalen Differenzierung, der Unterscheidung von Organisations- und Spontanbereichen in Funktionssystemen und dem Gegenspiel von (Funktions-)System und Lebenswelt zu vermitteln wären. Globalgesellschaftstheorie müsste zeigen können,

- wie funktionale Differenzierung dazu beiträgt, kleinräumigere Zusammenhänge zu durchbrechen und verdichtete Zonen weiträumigen Austausches zu etablie-

ren, die schließlich in globalisierten Funktionssystemen münden – bei hohen Asymmetrien im Grad der Inklusion bestimmter Regionen.

- wie funktionale Differenzierung vor allem voranschreitet über die Entfaltung von Spontanbereichen des organisatorisch nicht verfassten Austausches. Zugleich ist zu zeigen, dass diese Entfaltung von Märkten und Öffentlichkeiten der Fortentwicklung der Organisationsbereiche bedarf, die eher territoriale Grenzen zur Eigenstabilisierung nutzen oder aufbauen. Denn der Nationalstaat ist durchaus eine wesentliche Entwicklungsbedingung des Weltmarktes und der Weltgesellschaft.
- dass es recht unterschiedliche Expansionsphasen in der Entfaltung funktionaler Differenzierung gibt. Eine theoretische Vorfestlegung, dass es das ökonomisch-technische System oder das Rechtssystem sei, das die Entwicklung insgesamt oder deren normativ besonders wertvolle Elemente trage, dürfte auch angesichts der Befunde der Globalgeschichte eher verfehlt sein. In einzelnen Entwicklungsphasen mag das rechtliche oder das wirtschaftliche Funktionssystem in die evolutorische Vorhand geraten, aber das Zusammenspiel der funktional ausdifferenzierten Sphären ist hinreichend empirieoffen in die Theorie einzubauen. Damit wird es auch möglich, die Führungsrolle des wirtschaftlichen Funktionssystems bzw. des Kapitalismus in vielen Entwicklungsphasen einzufangen, ohne in einen ökonomischen Determinismus zurückzufallen oder Theorien über eine innere Hierarchie der Funktionssysteme aufstellen zu müssen.
- wie sich auch die Lebenswelt globalisiert. Hier mit starken Annahmen über eine globale soziale Vorintegration zu arbeiten, scheint allerdings ebenso verfehlt wie die Unterstellung grundlegender kultureller Unterschiede, die ein globales Verständnis von Normen und Institutionen letztlich immer verhindern. Die Ausbildung einer Weltkultur muss ebenso erklärt werden können wie die Entstehung von Weltmärkten. Die Evolution der Lebenswelt kann mithin nicht getrennt gedacht werden von den Entwicklungen der Funktionssysteme: Globalisierungsprozesse erfassen Lebenswelt wie Funktionssysteme.

Im Zuge der Bearbeitung dieser Fragen könnten die begrifflichen Bausteine der bisherigen Gesellschaftstheorien: die Theorien der (funktionalen) Differenzierung und die System-Lebenswelt-Theorien in weitere Schwierigkeiten geraten. Die theoretisch anspruchsvollste und ergiebigste Möglichkeit besteht vielleicht darin, die Unterscheidung von Spontan- und Organisationsbereich weiter zu verfolgen aufgrund der Annahme, dass sich Globalisierung und die Loslösung von territorialen Bezügen in Spontanbereichen ganz anders vollzieht als in Organisationsbereichen. Erst wenn die Unterschiede zwischen organisatorischer Globalisierung und marktlich-kommunikativer Globalisierung hinreichend erfasst werden, können sich Neuansätze in Richtung Globalgesellschaftstheorie ergeben, die nicht nur Fortbildungen der Gesellschaftstheorie der 1980er Jahre sind.

Literatur

- Albert, Gert/Sigmund, Steffen (Hg.): *Soziologische Theorie kontrovers*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 50. Wiesbaden 2010.
- Albert, Mathias: *Zur Politik der Weltgesellschaft. Identität und Recht im Kontext internationaler Vergesellschaftung*. Weilerswist 2002.
- Albert, Mathias/Stichweh, Rudolf (Hg.): *Weltstaat und Weltstaatlichkeit. Beobachtungen globaler politischer Strukturbildung*. Wiesbaden 2007.
- Aspers, Patrick: *Markets*. Cambridge 2011.

- Bayley, Christopher A.: *Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780–1914*. Frankfurt a. M./New York 2008.
- Beck, Ulrich: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M. 1986.
- Beck, Ulrich: *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Gobalisierung*. Frankfurt a. M. 1997.
- Beck, Ulrich (Hg.): *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Frankfurt a. M. 1998.
- Beck, Ulrich: *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie*. Frankfurt a. M. 2002.
- Beck, Ulrich: *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt a. M. 2007.
- Beckert, Jens/Deutschmann, Christoph (Hg.): *Wirtschaftssoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 49*. Wiesbaden 2009.
- Brunkhorst, Hauke: *Neustart – Kritische Theorie Internationaler Beziehungen*. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 17/2 (2010), 293–315.
- Brunkhorst, Hauke: *Legitimationskrisen. Verfassungsprobleme der Weltgesellschaft*. Baden-Baden 2012.
- Chakrabaty, Dipesh: *Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung*. Frankfurt a. M./New York 2010.
- Comaroff, Jean/Comaroff, John L.: *Der Süden als Vorreiter der Globalisierung. Neue postkoloniale Perspektiven*. Frankfurt a. M./New York 2012.
- Conrad, Sebastian: *Globalgeschichte. Eine Einführung*. München 2013.
- Eisenstadt, Shmuel N. (Hg.): *Multiple Modernities*. New Brunswick/London 2002.
- Elliott, Anthony/Turner, Bryan S.: *On Society*. Cambridge 2012.
- Faßler, Manfred: *Nach der Gesellschaft. Infogene Welten – anthropologische Zukünfte*. München 2009.
- Greve, Jens/Heintz, Bettina: Die »Entdeckung« der Weltgesellschaft. Entstehung und Grenzen der Weltgesellschaftstheorie. In: Heintz/Münch/Tyrell 2005, 89–119.
- Habermas, Jürgen: *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bde. Frankfurt a. M. 1981.
- Habermas, Jürgen: *Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI*. Frankfurt a. M. 2008.
- Habermas, Jürgen: *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*. Berlin 2011.
- Heintz, Bettina: Soziale und funktionale Differenzierung. Überlegungen zu einer Interaktionstheorie der Weltgesellschaft. In: *Soziale Systeme* 13/1–2 (2007), 343–356.
- Heintz, Bettina/Münch, Richard/Tyrell, Hartmut (Hg.): *Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen. Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft*. Stuttgart 2005.
- Iriye, Akira (Hg.): *1945 bis heute. Die globalisierte Welt*. München 2013.
- Knöbl, Wolfgang: *Spielräume der Modernisierung. Das Ende der Eindeutigkeit*. Weilerswist 2001.
- Knöbl, Wolfgang: *Die Kontingenz der Moderne. Wege in Europa, Asien und Amerika*. Frankfurt a. M./New York 2007.
- Luhmann, Niklas: Die Weltgesellschaft. In: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 57 (1971), 1–34.
- Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a. M. 1984.
- Luhmann, Niklas: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. 2 Bde. Frankfurt a. M. 1997.
- Mann, Michael: *The Sources of Social Power*. Bd. 4: *Globalizations, 1945–2011*. Cambridge 2013.
- Meyer, John W.: *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*. Frankfurt a. M. 2005.
- Moyn, Samuel/Sartori, Andrew (Hg.): *Global Intellectual History*. New York 2013.
- Münch, Richard: Die Weltgesellschaft im Spannungsfeld von funktionaler, stratifikatorischer und segmentärer Differenzierung. In: *Albert/Sigmund* 2010, 283–29.
- Nassehi, Armin: *Der soziologische Diskurs der Moderne*. Frankfurt a. M. 2006.
- Nullmeier, Frank: Zu einer politischen Theorie der Marktökonomie. Theoriebildung in Zeiten der Postdemokratie. In: *Politische Vierteljahresschrift* 54/3 (2013), 426–460.
- Osterhammel, Jürgen: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. München 2009.
- Peters, Bernhard: *Der Sinn von Öffentlichkeit. Mit einem Vorwort von Jürgen Habermas*. Frankfurt a. M. 2007.
- Pomeranz, Kenneth: *The Great Divergence. China, Europe, and the Making of the Modern World Economy*. Princeton/Oxford 2000.
- Pomeranz, Kenneth/Topik, Steven: *The World That Trade Created. Society, Culture, and the World Economy. 1400 to the Present*. Armonk/London 2013.
- Rosenberg, Emily (Hg.): *1870–1945. Weltmärkte und Weltkriege*. München 2012.
- Rublack, Ulinka (Hg.): *Die Neue Geschichte. Eine Einführung in 16 Kapiteln*. Frankfurt a. M. 2013.
- Sachsenmair, Dominic: *Global Perspectives on Global History. Theories and Approaches in a Connected World*. Cambridge 2011.
- Schimank, Uwe: *Gesellschaft*. Bielefeld 2013.

- Stetter, Stephan (Hg.): *Ordnung und Wandel in der Weltpolitik. Konturen einer Soziologie der Internationalen Beziehungen*. Leviathan, Sonderband 28. Baden-Baden 2013.
- Stichweh, Rudolf: *Die Weltgesellschaft: Soziologische Analysen*. Frankfurt a. M. 2000.
- Stichweh, Rudolf: Funktionale Differenzierung der Weltgesellschaft. In: Albert/Sigmund 2010, 299–310.
- Teubner, Gunther: *Verfassungsfragmente. Gesellschaftlicher Konstitutionalismus in der Globalisierung*. Berlin 2012.
- Wallerstein, Immanuel: *World-Systems Analysis. An Introduction*. Durham 2004.
- Wallerstein, Immanuel: *The Modern World System I. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Economy in the Sixteenth Century. With a New Prologue*. Berkeley/Los Angeles/London 2011 a.
- Wallerstein, Immanuel: *The Modern World System IV. Centrist Liberalism Triumphant, 1789–1914*. Berkeley/Los Angeles/London 2011 b.
- Wallerstein, Immanuel: In welche(r/n) normativen Ordnung(en) hat die Welt im modernen Weltsystem gelebt? In: Rainer Forst/Klaus Günther (Hg.): *Die Herausbildung normativer Ordnungen. Interdisziplinäre Perspektiven*. Frankfurt a. M./New York 2011 c, 71–83.
- Wobbe, Theresa: *Weltgesellschaft*. Bielefeld 2000.
- Zürn, Michael: Soziologie und Internationale Beziehungen – keine Wahlverwandtschaft. In: Stetter 2013 299–317.
- Zürn, Michael/Ecker-Ehrhardt, Matthias (Hg.): *Die Politisierung der Weltpolitik*. Berlin 2013.

Frank Nullmeier

2 Internationale normative Theorie. Zwischen kosmopolitischer Utopie und politischer Praxis

Eine Zeit lang schien die politische Philosophie den Anschluss an die Politik zu verlieren. Weder eine historische, noch eine rein analytische Orientierung waren hilfreich, um eine kosmopolitische Philosophie zu entwickeln, die den Herausforderungen der politischen und ökonomischen Globalisierung auf der Höhe der Zeit begegnet. Entsprechend gab es zunächst kaum Berührungspunkte zur Internationalen Politischen Theorie. Dies hat sich innerhalb einer Generation gründlich geändert. Der gegenwärtige Trend geht deutlich dahin, dass die politische Philosophie neue Brücken zu den Sozialwissenschaften, aber auch zur Ökonomie und Rechtswissenschaft aufbaut.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist nicht zuletzt eine Hinwendung zur nicht-idealen Theorie, wie sie sich in der jüngsten Auseinandersetzung zwischen Kosmopolitismus und Partikularismus abzuzeichnen beginnt. Als ›nicht-ideale Theorie‹ wird eine Position bezeichnet, die der bestehenden Welt nicht einfach ein moralisch fundiertes Gerechtigkeitsideal gegenüberstellt, sondern die realpolitische Macht- und Herrschaftsverhältnisse immanent kritisiert. In nicht-idealen Ansätzen geht es vorrangig darum zu klären, welcher politische Akteur sich für konkrete Ungerechtigkeiten zu verantworten hat und welche machbaren Alternativen es gibt, um bestehende Herrschaftsstrukturen vergleichsweise gerechter zu machen. Der Anspruch, die Frage der Gerechtigkeit innerhalb bestehender Verhältnisse zu beantworten, hat mittlerweile dazu geführt, dass sich die kosmopolitische Philosophie zunehmend in die Genese eines interdisziplinären Theoriefeldes, eben in die Internationale Politische Theorie, einbindet. Dies lässt sich bereits daran verdeutlichen, dass die im Folgenden vorgestellten Protagonisten dieser Entwicklung nicht immer ›reine‹ Philosophen sind, sondern methodisch wie disziplinär zwischen politischer Philosophie und normativer politischer Theorie stehen.

Dieses Kapitel wird aktuelle Tendenzen in drei Abschnitten nachvollziehen. Der erste Abschnitt führt in Grundpositionen der kosmopolitischen Philosophie ein und zeigt, wie sich die Theoriebildung von Anfang an am ›Problem der Politik‹ abarbeitet, also an der Frage, wie sich ein kosmopolitisches Gerechtigkeitsideal in die Rationalität politischer Institutionen übersetzen lässt. Allgemeiner gesagt, geht es um die richtige Balance zwischen Utopie und Wirklichkeit. Auf der einen Seite dieses Spektrums steht die Vision einer vollkommen gerechten, aber politisch fernliegenden Weltrepublik; auf der anderen Seite herrscht die Notwendigkeit, einen Kompromiss mit der Realpolitik zu konstruieren, der dann aber wiederum unsere geteilten Intuitionen über globale Gerechtigkeit zu unterbieten scheint. Beide Extreme finden sich geradezu exemplarisch in Kants kosmopolitischer Philosophie wieder, deren Grundzüge hier einführend vorgestellt werden. Der zweite Abschnitt macht dann deutlich, wo sich die wichtigsten Gegenwartspositionen in diesem Spektrum eintragen. Mit Otfried Höffe, David Held und Alexander Wendt werden zunächst die Verfechter eines rechtlichen Kosmopolitismus vorgestellt, also die Anhänger einer rechtsstaatlich konstituierten Kosmopolis bzw. Weltrepublik.

Mehrheitlich tendiert die gegenwärtige Theorieentwicklung aber dahin, eine rea-